Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstraße 1. Louis Lösche, Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 271. — **Sonnabend** den 28. September 1889. — **83. Jahrgang.**

Wegen der Messe

ist unsere Expedition

morgen Sonntag Vormittags bis 12 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum Abholen des Tageblattes beim Quartalwechsel den Andrang möglichst zu beschränken, haben wir die Einrichtung getroffen, daß

Karte und Rechnung bereits von heute an

in Empfang genommen werden können.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Lieferung und das Verlegen zweier eiserner Duckerrohre unter der Parthe in der Nähe des Parthenschlößchens für die Schönfelder Vorfluthschleuße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift: **Lieferung und Verlegen eiserner Duckerrohre für die Vorfluthschleuße in Schönefeld** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 8. October 1889 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 25. September 1889.

Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.

Ib. 4544.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von Schleußen- und Normalsteinen für die Schönefelder Vorfluthschleuße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Lieferung liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift: „Lieferung von Schleußensteinen für die Schönefelder Vorfluthschleuße" versehen ebendaselbst und zwar bis zum 8. October 1889 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 25. September 1889.

Ib 4544. **Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die Lieferung von granitenen Sohlstücken zur Schönefelder Vorfluthschleuße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Lieferung liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift: **„Lieferung von granitenen Sohlstücken zur Schönefelder Vorfluthschleuße"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 8. October 1889 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 25. September 1889.

Ib 4544. **Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.**

Producten-Börse zu Leipzig.

Nachwahl in den Schätzungs-Ausschuß für 1889 betr.

Bei den am 17. d. M. vollzogenen Wahlen für den Schätzungs-Ausschuß haben nur 2 der vorgeschlagenen Candidaten die zur Giltigkeit der Wahl erforderliche absolute Stimmenmehrheit erhalten: die Herren Franz Pauli-Kraushain und Oskar Lenke hier.

Es bleibt demnach noch das dritte von den Besuchern der Productenbörse in den qu. Ausschuß zu entsendende **Mitglied zu wählen.**

Wir ersuchen, unter Hinweis auf den bezüglichen Börsenanschlag, diese Wahl

Dienstag, den 1. October d. J.,

unmittelbar nach Börsenschluß im Vorstandszimmer vorzunehmen.

Leipzig, den 28. September 1889.

Die Abgeordneten der 2. Abtheilung des Börsenvorstandes:
F. Schmidt. Georg Schroeder. Louis Steinbrecht.
Bleyl, Börsensecretair.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Expeditionsräume bleibt **Sonnabend, den 28. September d. J.,** das hiesige **Gemeinde- und Standesamt** geschlossen.

Gohlis, am 25. September 1889.

Der Gemeindevorstand und Standesbeamte.
Singer. Bezl.

Bekanntmachung.

Der **Bau einer Vorfluthschleuße für Schönefeld** soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift: **Herstellung einer Vorfluthschleuße für Schönefeld** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 12. October 1889 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 25. September 1889.

Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.

Ib 4544.

Erstatteter Anzeige nach hat **Anna Minna Ulrich** aus Gemlschen ihr am 4 Februar 1886 daselbst ausgestelltes **Dienstbuch** in hiesiger Stadt verloren. Im Auffindungsfalle ist das Buch an uns abzuliefern.

Leipzig, am 25. September 1889.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
V. 542. Bretschneider. **M.**

Grundstücks-Versteigerung.

Der zum Nachlasse der Frau **Wilhelmine Rosine** gesch. **Kleinschmidt**, verw. gew. Härtel geb. Wäbling, ehedem in Sellerhausen, gehörige, in **Connewitz** an der Bornaischen Straße gelegene **Bauplatz** — Fol. 546 des Grundbuchs für Connewitz und Nr. 3 des neuen Flurbuchs für diesen Ort —, welcher ohne Berücksichtigung der Oblasten auf 3800 ℳ geschätzt worden ist, soll erbtheilungshalber

Sonnabend, den 26. October 1889, Vormittag 11 Uhr,

durch das unterzeichnete Nachlaßgericht öffentlich an den Meistbietenden versteigert werden.

Erstehungslustige haben sich an dem gedachten Tage im Zimmer Nr. 94 des hiesigen Amtsgerichts, Petersteinweg 56, einzufinden.

Die Versteigerungsbedingungen können an Gerichtsstelle eingesehen werden.

Leipzig, den 20. September 1889.

Königliches Amtsgericht, Abth. V, Sect. 3.
Dr. Kaltschmidt.

Aerztlicher Bezirksverein Leipzig-Stadt.

Sitzung Donnerstag, d. 3. October, Abs. 6 Uhr, im Saale der 1. Bürgerschule.

Tagesordnung:

1) Registrande.
2) Wahl einer Commission zur Berathung der deutschen Prüfungsordnung für Aerzte (Auftrag d. deutschen Aerztevereinsbundes).
3) Berathung der Anträge für die Kreisvereinsausschusssitzung.
4) Zur Vorberathung event. zwei Wünsche zur Schulhygieine.
5) Die Rumfrage.

Dr. Neubert.

Bekanntmachung.

An der hiesigen 8klassigen mittleren Volksschule ist eine **provisorische Lehrerstelle** zu besetzen. Der Anzustellende, **dessen Ständigmachung bei zufriedenstellenden Leistungen nicht ausgeschlossen ist**, bezieht neben freier Dienstwohnung 900 ℳ Anfangsgehalt und 90 ℳ Entschädigung für 2 Ueberstunden. **Ständige Lehrer** erhalten nach dem 25. Lebensjahre 1400 ℳ Gehalt, welcher von 3 zu 3 Jahren um 150 ℳ bis auf 2400 ℳ steigt.

Bewerbungsgesuche sind umgehend und spätestens bis zum 9. October c. anher einzureichen.

Neuschönefeld bei Leipzig, am 27. September 1889.

Der Gemeinderath.
Weißbach, Gem.-Vorst.

Die Bildung einer „nationalen Fortschrittspartei" in Sachsen.

KB. Wenn man, wie ein alter Spruch sagt, vom Feinde lernen soll, so wird man, um die angekündigte Bildung einer „nationalen Fortschrittspartei" in Sachsen ihrer Bedeutung nach recht zu würdigen und nicht zu unterschätzen, nur einen Blick zu werfen brauchen in die Blätter unserer politischen Gegner, der Deutschfreisinnigen und ihrer Bundes- und Geistesverwandten, der Volkspartei, der Socialdemokraten rc. Im Chorus fallen sie über die neue Partei und ihren Urheber, den Landtagsabgeordneten Kurt Starke, her, bald mit gehässigen, bald mit spöttischen Bemerkungen, und verrathen dadurch nur zu deutlich, wie unbequem ihnen diese neue Parteibildung ist, wie sehr sie davon, und allerdings mit gutem Grunde, eine Schwächung der Oppositionsparteien und eine Verstärkung der reichstreuen Ordnungsparteien befürchten.

Und in der That bedeutet die Bildung einer „nationalen Fortschrittspartei" für Sachsen, wenn sie, wie wir hoffen und wünschen, in der geplanten Weise zu Stande kommt, nichts Anderes, als eine Zersetzung der deutschfreisinnigen Partei in unserem Lande. Denn es ist wohl für sicher anzunehmen, daß Herr Kurt Starke, der zuerst (in der Dresdner Zeitung) den Wunsch einer entschiedenen Ablösung des sächsischen Fortschritts von dem Berliner Deutschfreisinn und seiner Abzweigung, dem Deutschfreisinnigen Landesverein in Sachsen, offen aussprach und der jedenfalls die Anregung zu der fraglichen Parteienbildung gegeben hat, der Zustimmung und Mitwirkung anderer einflußreicher Mitglieder der Fortschrittsfraction gewiß ist, und ebenso wenig steht zu bezweifeln, daß, wenn diese parlamentarischen Führer und Vertreter der Fortschrittspartei sich offen und unumwunden zu der von ihm eingeschlagenen Richtung bekennen, ihre Parteigenossen im Lande ihrem Vorgange folgen werden. Haben doch (wie wir neuerlich authentisch erfuhren) schon bei den Reichstagswahlen von 1887 die Anhänger der alten sächsischen Fortschrittspartei in ihrer größten Mehrzahl auf den Rath eben jener ihrer parlamentarischen Vertreter für die Cartellcandidaten und gegen die Socialdemokraten gestimmt, also schon damals sich thatsächlich von dem Richter'schen Deutschfreisinn losgesagt, der es ja zu seiner Losung erhoben hat: „lieber irgend wen, selbst einen Socialdemokraten, als einen Cartelgenossen!" Für alle diese Mitglieder der alten sächsischen Fortschrittspartei muß es, scheint uns, eine wahre Erlösung sein, aus der zwiespaltigen und zweideutigen Lage befreit zu werden, in der sie sich befanden, indem sie äußerlich noch dem Deutschfreisinn angehörten, innerlich aber sich ihm entfremdet fühlten, ja thatsächlich gegen seine Parteitaktik verstießen, der sie doch eigentlich noch hätten gehorchen müssen.

Mit welchem Programm die „nationale Fortschrittspartei" hervortreten wird, bleibt abzuwarten. So weit ihre Stellung sich theils schon aus ihrem Namen, theils aus Aeußerungen und Handlungen ihrer muthmaßlichen Leiter im Voraus erkennen läßt, dürfte dieselbe in zweierlei Hinsicht sich von der des Deutschfreisinns scharf abgrenzen, dagegen derjenigen der Cartelparteien nähern. Einmal darin, daß die neue Partei das nationale Interesse über das bloße Parteiinteresse stellt, wie das die Herren Starke, Schreck, Streit u. A. thaten, als sie auf Anlaß der sog. Septennatsfrage erklärten: „Wo es die Sicherheit, die Größe, die Wohlfahrt des Vaterlandes gelte, da seien sie bereit, auf die strenge Durchführung sonst von ihnen werthgehaltener Puncte ihres politischen Programms zu verzichten, sobald diese strenge Durchführung derselben dem Reiche oder der Nation Schaden drohe." Sodann aber wird, wenn wir uns nicht täuschen, die neue Partei jener rein oppositionellen, negirenden, hemmenden Richtung entsagen, in welche der Deutschfreisinn sich leider so sehr verrannt hat, daß dieselbe gleichsam sein eigentliches Lebenselement geworden ist. Die „nationale Fortschrittspartei" — wir schließen dies aus gewissen Aussprüchen ihrer Führer und auch aus einzelnen Sätzen der unlängst von der Fortschrittsfraction der Zweiten Kammer erlassenen gemeinsamen „Erklärung" — wird sich vielmehr eines praktischen und productiven Liberalismus befleißigen, indem sie in positiver Thätigkeit an den Aufgaben der Reichsgesetzgebung mitarbeitet, ohne dabei ihre liberalen, fortschrittlichen Ansichten zu verleugnen, und sie wird die Genugthuung haben, diese letzteren auch von den rechts von ihr stehenden Parteien eher berücksichtigt zu sehen, als wenn sie selbst nur immer negirend sich verhielte.

Denken wir uns die neue Partei als selbstständige Gruppe im Reichstage vertreten (wie das hoffentlich, wenn sie sich nur erst kräftig entwickelt hat, nicht ausbleiben wird), so wird dieselbe in allen nationalen Fragen mit den sogenannten Cartelparteien gehen und mit ihnen zusammen eine nationale Mehrheit bilden; in andern Fragen wird sie, indem sie mehr praktisch, und nach dem Erreichbaren strebend, als doctrinair verfährt, auch bei etwaigen Meinungsunterschieden sich doch mit den andern Gruppen der Majorität und mit den Regierungen leichter verständigen und auch ihrem Standpuncte Beachtung verschaffen, als wenn sie immer nur negirte und dadurch von Haus aus die Meinung gegen sich erweckte, als sei es ihr gar nicht darum zu thun, daß Etwas zu Stande komme.

Hätte die neuzubildende Partei bereits bei den Reichstagswahlen von 1887 bestanden, so würden die beiden Parteien, die damals im Cartel zusammentraten, sie gewiß als einen dritten willkommenen und gleichberechtigten Bundesgenossen in dieses Cartel aufgenommen haben. Bei den Landtagswahlen desselben Jahres haben sie dies in Bezug auf jene angesehenen Mitglieder der Fortschrittspartei gethan, welche schon damals sich von der Richter'schen Opposition losgesagt hatten. Sie wollten es diesmal wieder ebenso halten in Bezug auf alle Diejenigen, welche das Gleiche wie jene Herren thäten, und nicht ihre Schuld ist es, wenn von diesem Anerbieten nicht mehr Gebrauch gemacht worden ist. Bei den Reichstagswahlen wird es zwar nicht leicht sein, ledige Sitze für die neuen Bundesgenossen zu finden, allein es wird und muß auch da Alles geschehen, um ihnen nach Möglichkeit gerecht zu werden.

Die Bildung der „nationalen Fortschrittspartei" ist zunächst auf Sachsen berechnet. Wir hoffen aber, daß es dabei nicht bewenden wird. Gewiß hat das „Frankfurter Journal" Recht, wenn es sagt, es gebe im übrigen Deutschland viele Deutschfreisinnige, welche der undeutschen Politik des Herrn Richter herzlich müde seien, nur fehle ihnen der Muth, dies offen zu bekennen und zu bethätigen. Nun, wenn eine Anzahl ehrenwerther Männer in Sachsen diesen Muth hat, so steht zu hoffen, daß ihr dankenswerther Vorgang nicht ohne Nachfolge auch außerhalb der Grenzen Sachsens bleiben wird, und wenn Sachsen wegen des glänzenden Ausfalles der hiesigen Reichstagswahlen 1887 weithin als nachahmungswerthes Muster für die anderen deutschen Länder gepriesen worden ist, warum sollte es dies nicht auch werden können in einer Sache, bei der es sich wesentlich mit um die Sicherung ähnlicher Erfolge bei künftigen Reichstagswahlen handelt.

Zwei russische Denkschriften.

An Stelle der längst erwarteten officiellen Mittheilung von Tag und Stunde der Ankunft des Kaisers Alexander in Kiel oder Potsdam, überrascht uns die „Kölnische Zeitung" durch die Inhaltsangabe zweier Denkschriften, welche der russische Chef des Generalstabes Obrutschew und der Finanzminister Wischnegradski an den Kaiser gerichtet haben. Obrutschew erklärt in seiner Schrift, daß Rußland im Westen, Südwesten, Süden und Südosten von Feinden umgeben sei. Das rege Treiben im Westen Europas weise darauf hin, daß demnächst, etwa in den nächsten zwei Jahren, die Verhältnisse sich zum Kriege gestalten werden. Um die militairische Machtstellung dem entsprechend zu entwickeln, sei die Regierung verpflichtet, auch auf die Gefahr hin, mit einem Deficit der Finanzen abzuschließen, die nöthigen Ausgaben zu leisten. So hätten Peter der Große, Alexander I. und Nicolaus gehandelt und dadurch Rußland groß gemacht. Zum Schluß fordert General Obrutschew die nöthigen Summen, um gewisse Bahnen auszubauen und durch Doppelgleise zu vervollständigen, eine Arbeit, welche bis zum nächsten Mai fertig gestellt sein müsse.

Wischnegradski erklärt dagegen in seiner Denkschrift, daß, wie für jeden Staat, so besonders für Rußland zunächst eine geordnete Finanzwirthschaft nöthig sei. Um alle seine Pläne auszuführen, brauche das Land Jahre des Friedens, in denen es Europa gegenüber seine Bilanz aufrecht halten müsse.

Unter beide Denkschriften hat Kaiser Alexander mit eigener Hand die übereinstimmende Bemerkung gesetzt: „Ich theile vollständig die geäußerten Ansichten, ausführliche Prüfung derselben ist unbedingt nothwendig." Gehandelt aber wird den Anträgen Obrutschew's gemäß, denn es sind acht Millionen Pud Schienen und 300 Locomotiven in Bestellung gegeben. Bis zum Mai wird die Bahn St. Petersburg-Eydtkuhnen mit Doppelgleisen versehen sein, desgleichen die Bahnen Wilna-Warschau, Wilna-Rowno und Snamenka-Fastow (Kiew).

Die beiden Denkschriften geben einigen Aufschluß über die Doppelnatur, welche das Wesen Alexander's III. zeigt und die ihn theils als Panslawist, theils als Friedensfreund erscheinen läßt. Die Geneigtheit, alle nöthigen oder wünschenswerthen Vorbereitungen zum Kriege zu treffen, ist noch nicht gleichbedeutend mit der Absicht, im gegebenen Augenblicke loszuschlagen, wohl aber läßt sie den Wunsch erkennen, für alle Fälle gerüstet zu sein. Die Kriegsbereitschaft erscheint dem Kaiser wichtiger als die Erzielung des Gleichgewichts im Staatshaushalt, obwohl er die Aeußerungen des Finanzministers als richtig und der eingehenden Prüfung bedürftig anerkennt. Denn die Forderungen des Generalstabschefs, welche derselbe in Vertretung des Kriegsministers gestellt hat, sind, wie die gemachten Bestellungen beweisen, bewilligt worden. Man würde sicher zu weit gehen, wenn man aus der Legung von Doppelgleisen auf einer Anzahl strategisch wichtiger russischer Eisenbahnen auf die Absicht Rußlands schließen wollte, in etwa zwei Jahren loszuschlagen. Die kriegerische Wendung der europäischen Verhältnisse hängt so wenig von den persönlichen Wünschen des Generals Obrutschew allein ab, wie von dem Willen des Kaisers Alexander. Dazu ist das Zusammentreffen von Umständen nothwendig, welche sich jeder Vorausberechnung entziehen.

General Obrutschew wird als Anhänger des russisch-französischen Bündnisses geschildert und diese Angabe wird durch die Thatsache unterstützt, daß er mit einer Französin verheirathet ist, durch welche er lebhafte Beziehungen mit den dortigen leitenden Kreisen unterhält. Das ändert aber an der Thatsache nichts, daß Kaiser Alexander über dieses Bündniß seine eigenen Gedanken hat, welche wahrscheinlich mit denen seines Generalstabschefs nicht übereinstimmen. Die Denkschrift des Generals Obrutschew ist zu einer Zeit verfaßt, in welcher noch keine Gewißheit darüber bestand, welches Ergebniß die Wahlen des 22. September liefern würden, und es ist bekannt, daß die Auffassung der maßgebenden russischen Kreise den Sieg der monarchisch-boulangistischen Coalition für möglich hielt. Der Ausgang des Wahlkampfes ist ein anderer als der auf dieser Seite vorausgesetzte, und damit ist auch der Kern der ganzen Denkschrift hinfällig, welcher in der Annahme besteht, daß die Bewegung im Westen Europas zum Kriege treibe, dessen Ausbruch in etwa 2 Jahren erfolgen werde. Die Denkschrift des Generals Obrutschew hat in der Hauptsache nur die Richtigkeit der Befürchtungen bestätigt, welche Oesterreich-Ungarn bezüglich der Kriegsvorbereitungen Rußlands hegt. Die Truppenanhäufungen an der russischen Grenze, der beschleunigte Festungs- und Eisenbahnbau in den Grenzprovinzen, welche einst vom „Russischen Invaliden" in den Bereich der Fabeln und Erfindungen verwiesen wurden, hatten und haben eine nur zu thatsächliche Grundlage, und wenn Oesterreich-Ungarn und Deutschland danach ihre Gegenmaßregeln treffen, so entspricht das nur dem Gebot der allergewöhnlichsten Vorsicht. Wenn Rußland das Bedürfniß empfindet, sich für den Kriegsfall vorzubereiten, so sind seine Nachbarn genöthigt, diesem Beispiel zu folgen. Die Spannung in Europa, welche bei Eröffnung der letzten Delegationssitzung vom Kaiser Franz Josef als vorhanden erklärt wurde, besteht noch heute unverändert fort, wenn auch die Gefahr einer plötzlichen Friedensstörung als abgewendet, mindestens als sehr unwahrscheinlich zu betrachten ist.

Die verbündeten Mächte haben seit dem Bestehen des Bundes die Nothwendigkeit erkannt und danach gehandelt, daß sie ihre Armeen auf die höchste Stufe der Schlagfertigkeit bringen und darauf erhalten müssen, wenn sie den Zweck des Bundes, die Bewahrung des Friedens, erreichen wollen. Die Zurückhaltung Frankreichs und Rußlands hat bewiesen, daß diese Politik die allein richtige war, und keine Anstrengung der beiden Mächte wird hinreichen, um darin eine Aenderung herbeizuführen. Die Heeresorganisation der verbündeten Mächte ist eine solche, daß jedes Friedensjahr die Reihen der Vaterlandsvertheidiger um ein Bedeutendes verstärkt, der Abgang hält nicht gleichen Schritt mit dem Zuwachs, und wenn auch die Einführung der allgemeinen dreijährigen Dienstpflicht in Frankreich in Bezug auf die Zahl der französischen Soldaten schwer ins Gewicht fällt, so kann doch Frankreich das nicht in wenigen Jahren nachholen, was wir unter 75jähriger Geltung der allgemeinen Wehrpflicht erreicht haben, zumal wenn wir unsere militairische Leistungsfähigkeit fortan in gleicher Weise anspannen.

Auch die beiden Denkschriften des russischen Generalstabschefs und des Finanzministers können unser Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens nicht erschüttern, wir erkennen darin nur einen neuen Beweis dafür, daß Rußland sich des Unvermögens bewußt ist, aus eigener Kraft oder selbst in Verbindung mit Frankreich den europäischen Frieden zu stören. Mag Rußland immerhin sein Eisenbahnnetz vervollständigen und dadurch den Aufmarsch seiner Armee an der Grenze erleichtern, unsere militairischen Autoritäten haben auf alle diese Vorgänge ihr wachsames Auge gerichtet und sie werden dafür sorgen, daß nichts versäumt wird, um die russischen Vorbereitungen unwirksam zu machen.

* Wir geben nachstehend den in Rede stehenden Artikel der „Kölnischen Zeitung" seinem vollen Wortlaute nach wieder:

Das Haupt der panslawistischen russischen Kriegspartei ist bekanntlich neben dem einstigen Botschafter in Konstantinopel, Graf Ignatiew, der Chef des Generalstabs, Obrutschew, einer der eifrigsten russischen Generäle, der in einem künftigen Kriege, sei es als Befehlshaber einer Heeresabtheilung, sei es als Generalstabschef, sicherlich eine große Rolle spielen würde. General Obrutschew gehört zu denjenigen, hauptsächlich im Generalstabe vertretenen Officieren, welche einen Krieg in naher Zeit für unabwendbar halten und daher alle Vorbereitungen zu demselben derart beschleunigen möchten, daß Rußland, wenn es den Augenblick zum entschiedenen Handeln für gekommen erachtet, sein kampfbereites Schwert zur Erfüllung seiner Wünsche in die Wagschale legen könne und nicht einen Zeitpunct abzuwarten brauche, der etwa den Gegnern geeigneter erscheine. Der General ist auch ein eifriger Anhänger eines engen Bündnisses mit Frankreich; durch seine Frau, die Französin und in Frankreich ansässig ist, steht er in nahen Beziehungen zu dort; augenblicklich befindet er sich, wie alle Jahre im Herbst, in der Heimath seiner Frau. Bei seinen Bestrebungen, das Heer schlagfertig zu machen, findet er einen Hemmschuh im Finanzminister Wischnegradski, der, nicht so kriegerisch gesinnt wie der Generalstabschef, zunächst die russische Geldwirthschaft in Ordnung bringen möchte, eine Arbeit, die er ja bereits mit einigem Erfolg begonnen, in der ihn aber Kriegsgelüste und große Ausgaben zu Rüstungen aufs Empfindlichste stören. Auf diese Weise sind die beiden Staatsmänner in einen Gegensatz getreten, der kürzlich noch verschärft worden ist. General Obrutschew vertrat diesen Sommer den Kriegsminister Wannowski während dessen langer Abwesenheit in Frankreich und benutzte diese Stellung,